

ausführlichen Bericht über das Maurer Kirchenpatronat nach Wien und legte 38 Aktenstücke bei, die für ein Rechtsgutachten als Unterlage dienen sollten.

Die Gemeinde sah ein, daß sie wieder einmal das Opfer der Verhältnisse wurde und sie bildete mit ihrem Geläute von zwei lächerlich kleinen Glocken in der großen Kirche, wovon eine im Turme hing und die andere auf einem Balkengerüste neben der Kirche aufgehängt war, das Gespött der Gegend und so ist es verständlich, daß sie ihre eigenen Wege ging, in der Hoffnung, daß einmal doch die Zeit kommen müsse, in der die Frage des Patronates entschieden werde. Auch die Firma Grasmayr suchte noch einmal zu vermitteln. Sie schrieb im Januar 1859 an das Regierungsamt, daß sie für die geplante Industrieausstellung in Innsbruck ein Geläute gösse, daß für die Gemeinde Mauren sehr geeignet sein würde und ersuchte, daß man ihr die notwendigen Daten für die Glockeninschriften und die Matrizen für die Wappen übersende. Das Regierungsamt antwortete, daß die Angelegenheit bei den österreichischen Behörden zu entscheiden sei und Grasmayr möchte sich in Feldkirch erkundigen. Dort erhielt Grasmayr die Auskunft, daß die Frage dem Ministerium vorgelegt sei und er nahm Abstand von seinem Plane. Am 23. November 1859 schrieb dann Pfarrer Neyer an das Regierungsamt, da mittlerweile die ablehnende Antwort des Ministeriums erfolgt war und bat, daß der Fürst der Gemeinde doch behilflich sein möchte, noch eine zirka 14 Ztr schwere Glocke anzuschaffen, mit der man sich bis zur Erledigung des Streitens zufrieden geben wolle. Pfarrer Neyer verpflichtete sich, die Kosten für den notwendigen Glockenstuhl und auch den Betrag, den man an Grasmayr für die 1857 bestellte Glocke noch schuldig war, durch Sammlungen aufzubringen, sofern man ihm dafür die Bewilligung erteile. In einem Nachtrage zu seinem Schreiben bemerkte Pfarrer Neyer, daß er die Bewilligung zur Sammlung für notwendig erachte, „denn der Herr Vorsteher (Andreas) Kieber dürfte diese Sammlung wegen seiner festgefakten, fast zur fixen Idee gewordenen Meinung, daß die Fürsten alles zu leisten schuldig seien, vielleicht mißbilligen wollen.“ Das Gesuch des Pfarrers wurde von Wien abgelehnt, da man sich auf ein Provisorium nicht einlassen wollte. So griff die Gemeinde zur Selbsthilfe und am 18. Juli 1860 berichtete der Vorsteher Kieber dem Regierungsamt, daß die Glock-